

Eckwerte für Verteidigungshaushalt enttäuschen

Die heute im Kabinett beschlossenen Eckwerte für den Einzelplan 14 (Verteidigung) sind enttäuschend. Zwar steigt der Verteidigungsetat für 2017 um 1,7 Milliarden Euro, doch angesichts der Ausrüstungsmängel und der erforderlichen Aufstockung beim Personal für die Bundeswehr ist das verschwindend gering.

Dazu erläutert Rainer Arnold, Sprecher der Arbeitsgruppe Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion:

„Anfang dieses Jahres hatte Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem Besuch im Verteidigungsausschuss mit ihrer Äußerung, die Bundeswehr müsse ihren Aufgaben gemäß entsprechend ausgestattet werden, Erwartungen geweckt. Die jetzt beschlossene, völlig unzureichende Steigerung im Haushalt für die Streitkräfte ist gerade angesichts der Mängel bei der Ausrüstung ein Schlag ins Kontor. Mit Blick auf die notwendigen Investitionen hat die Ministerin Ende Januar ein 130-Milliarden-Euro Investitionspaket für die Bundeswehr bis 2030 angekündigt. Mit diesem Paket sollte die Truppe für ihre Aufgaben besser gerüstet werden. Dies alleine hätte einen jährlichen Zuwachs von über vier Mrd. bedeutet. Dazu kommen die anstehenden Überlegungen zur Beseitigung der gravierenden Engpässe im Personalbereich. Mit der jetzt für 2017 vorgeschlagenen Erhöhung von 1,7 Mrd. Euro ist kein ernsthafter Einstieg in die Mangelbeseitigung möglich, zumal davon auch noch die anstehende Erhöhung der Gehälter und Pensionen finanziert werden muss.

Auch in den kommenden Jahren wird in der Mittelfristigen Finanzplanung der Verteidigungsetat nicht ausreichend steigen, zumal Zahlenwerke für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 nicht mehr Verbindlichkeit als ein Scheck ohne Unterschrift haben. Weil der Finanzminister die Probleme offensichtlich bewusst in die nächste Legislaturperiode verschiebt, ist auch weiterhin keine an den tatsächlichen Aufgaben orientierte verlässliche Bundeswehrplanung möglich.

Sollte das Zahlenwerk im Zuge der anstehenden Beratungen nicht an die dringend notwendigen Ausgaben für Gerät, Sanierung der Liegenschaften sowie für mehr Soldaten und Zivilbeschäftigte angepasst werden,

führt kein Weg an einer Priorisierung vorbei: Da die Finanzmittel nicht ausreichen, um alle Aufgaben gut erfüllen zu können, müssen Schwerpunkte mit dem Blick auf klügere Arbeitsteilung in den Bündnissen festgelegt werden. Die Ministerin muss dann Farbe bekennen, auf welche Fähigkeiten sie nicht verzichten kann und welche Fähigkeiten gegebenenfalls nachrangig sind. Denn mit einer Bundeswehr, die teilweise nur auf dem Papier funktionsfähig ist, werden wir den gestiegenen sicherheitspolitischen Anforderungen nicht gerecht.“